

Literatur gedruckt, um das Ansehen des Staates und der Partei zu untergraben.

Vermutlich steht der Ausschluß im Zusammenhang mit dem sogenannten „Brief der Achtzehn“, einem wie von menschenwärtiger Seite berichtet wird, anonymen mit „achtzehn Kommunisten“ unterschriebenen Dokument. Das ZK der KPSU hat es wohl im September erhalten. Es enthält angeblich eine scharfe

Kritik der russischen Wirtschaftspolitik und die Forderung von Stalins Absetzung.

Wir bringen die Nachricht aus der Sowjet-Union ferner in einen gewissen Zusammenhang mit einer uns im September auf dem Umweg über die USA zugegangenen Mitteilung, daß Woroschilow, der Kriegskommissar, gestützt auf die Armee, im Oktober einen Versuch plane, eine Aenderung der Stalinischen Wirtschaftspolitik durchzusetzen.

Woroschilow gehört wohl kaum zu denjenigen, die Stalins Absetzung fordern. Er ist ein treuer Kommunist und wohl mindestens zur Zeit der Ansicht, daß eine Ersetzung des willensstarken Stalin durch einen anderen Mann nicht in Frage kommt. So stehen die Macht der Armee, der GPU und des Partei-Apparates als fester Block zusammen. Dieser Block hat soeben wieder gemeinsam lästige Widersacher abgeschüttelt.

Aber Woroschilow sieht es vielleicht nicht ungern, wenn Stalin von anderer Seite zu einer

Aenderung der Linie stark gedrängt wird. Die russische Armee ist eine Bauernarmee. In ihr herrscht sicherlich Unzufriedenheit mit der bisherigen Wirtschaftspolitik zu Lasten der Bauern. Es ist also begrifflich, wenn Woroschilow auf eine solche Aenderung der Wirtschaftspolitik drängt, die den Bauern wieder mehr Freiheit gibt. Die Regierungserlasse, von denen im heutigen Wirtschaftsteil die Rede ist, sprechen nicht dafür, daß sich Woroschilow bislang mit seinen Forderungen durchgesetzt hat. Die Auseinandersetzungen, die soeben zum Ausschluß einer Reihe bekannter kommunistischer Führer aus der Partei führten, haben aber vielleicht, wie das schon mehrfach unter Stalins Herrschaft der Fall war, eine Verwertung der vorgebrachten Kritik durch Stalin zur Folge.

Freilich dürfen wir vorläufig nicht hoffen, daß das russische Steuer rasch so gründlich herumgeworfen wird, wie wir das für erforderlich halten zur Sicherung der sozialistischen Revolution — mit Hilfe der Bauern! — und zum Aufbau einer gerechten Wirtschaftsordnung.

Es ist also notwendig, daß deutsche Sozialisten nach Osten schauen, nicht in einer Liebe, die blind macht, ja oft geradezu auf Blindheit beruht,

sondern mit offenen Augen und mit Bereitschaft zur Hilfe. Ein wesentlicher Teil dieser Hilfe ist

offene Kritik, die — unbeeinträchtigt von den wechselnden Ereignissen und Sorgen des Tages — gerade aus der Ferne geleistet werden kann.

Hellmut Rauschenplat.

Zwei Fronten in Ostasien. Japanische Jugenderziehung.

Das japanische Kriegsministerium hat, zusammen mit dem Kultusministerium, eine Verordnung ausgearbeitet, gemäß der die Aufnahme auf eine Universität oder eine andere Hochschule nur nach einer militärischen Ausbildung erfolgen kann. In den japanischen Mittelschulen soll die militärische Ausbildung Pflichtfach werden.

Nationale Kämpfe.

In dem Kampf zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freischaren, der schon seit Wochen um die mandchurische Stadt Charbin geführt wird, haben die Japaner am Montag zum ersten Mal einen Giftgasangriff unternommen. Die Chinesen waren darauf vorbereitet; sie waren mit Gasmasken ausgerüstet und eroberten trotz des Gasangriffs wichtige Stellungen. Wie es heißt, planen sie einen Vorstoß auf Mukden.

Japanisches Ultimatum.

Der japanische Oberbefehlshaber in der Mandchurei, General Muto, hat ein Ultimatum an die chinesischen Freischaren gerichtet, in dem er sie zur sofortigen Übergabe auffordert. Andernfalls würden die japanischen Truppen einen Vernichtungsfeldzug gegen sie durchführen.

In der Gegend von Tsitsikar werden japanische und mandchurische Truppen zusammengezogen, um einen Angriff gegen den chinesischen General Li zu unternehmen. Li hält zur Zeit ein großes Gebiet im Südwesten der Mandchurei besetzt.

Der gemeinsame Gegner: Der Kommunismus.

Wie das japanische Oberkommando mitteilt, hat die chinesische Militärpolizei in Mukden eine geheime chinesische kommunistische Organisation entdeckt, die sich die Aufgabe gestellt hatte, in der japanischen Armee kommunistische Propaganda zu treiben. 16 Kommunisten sind verhaftet worden und sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

In der Nähe von Hankau kam es zu einer Schlacht zwischen der chinesischen roten Armee und den chinesischen Regierungstruppen. Wie es heißt, sind zwei kommunistische Brigaden vollständig geschlagen, und die Regierungstruppen dringen weiter vor.

Gegen die Vormachtstellung der Großmächte. Ein berechtigtes Verlangen.

Die kleineren im Völkerbund vertretenen Staaten bemühen sich bei den Genfer Diskussionen über die politische Leitung des Völkerbundes energisch darum, die Vormachtstellung, die die europäischen Großmächte in der oberen Leitung des Völkerbundes bisher einnehmen, zu brechen. Diesem Ziel dient ein in Genf sehr beachteter Vorschlag des Schweizer Journalisten Oeri:

Solange der Posten des Generalsekretärs des Völkerbundes durch eine Großmacht besetzt ist, wird der Posten eines ersten

Vizegeneralsekretärs mit dem Angehörigen eines kleineren Staates besetzt. Ferner wird der Posten eines zweiten Vizegeneralsekretärs geschaffen, der in zweijährigem Turnus von den den Großmächten angehörenden Untergeneralsekretären besetzt wird. Für den Fall, daß zum Generalsekretär der Angehörige einer kleineren Macht ernannt wird, wird jedoch nur ein Vizegeneralsekretär-Posten geschaffen, der gleichfalls in zweijährigem Turnus von den den Großmächten angehörenden Untergeneralsekretären besetzt wird. Auf keinen Fall sollen, wie bisher, die Großmächte den Posten des Generalsekretärs und den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs besetzen.

Abrüstungsverhandlungen in London.

Am Mittwoch fand in London eine Unterredung zwischen MacDonal und Norman Davis, dem führenden amerikanischen Delegierten bei der Abrüstungskonferenz, statt. Davis versuchte, die englische Regierung für die Flottenbestimmungen des Hoover-Memorandums zu gewinnen. Während aber die Amerikaner die Schifftonnage durch Abschaffung kleiner Linienschiffe verringern wollen, sind die Engländer dafür, lieber eine größere Anzahl kleinerer Schiffe, als wenige große zu haben. Die Besprechungen sind einstweilen abgebrochen worden, wie man annimmt, weil MacDonal über die Abrüstungsfrage mit Herriot verhandeln will.

Der rumänische Außenminister bei Herriot.

Aufläßig seiner Durchreise durch Paris, hat der neue rumänische Außenminister Titulescu mit dem französischen Ministerpräsidenten einige Unterredungen gehabt. Als Ergebnis wird mitgeteilt, daß keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen der rumänischen und der französischen Regierung mehr bestünden. Rumänien habe nichts dagegen einzuwenden, daß Frankreich einen Nichtangriffspakt mit Rußland abschließt, ohne auf das Zustandekommen des rumänischen Paktes zu warten.

Die richtige Behörde.

Kriegsminister treibt Weizenpreise in die Höhe.

Der französische Kriegsminister hat dem Pariser Proviantamt Weisung gegeben, sofort 40 000 Zentner französischen Weizen vom Markt zu ziehen, um die Preise hochzuhalten. — Der Kriegsminister hat ja auch das größte Interesse an derartigen Maßnahmen!

Nazi-Tumulte in Danzig.

Nachdem am Montag schon verschiedene Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und linken Arbeitern in Danzig vorgekommen waren, drangen mehrere NS in Uniform in die Turnhalle des SP-Arbeitersportvereins ein. Sie demolierten die gesamte Einrichtung der Turnhalle und des danebengelegenen Büros und zerschlugen 23 Fensterscheiben. Bisher sind sie nicht gefaßt worden.

Der Güterzug hielt an einigen Stellen zwanzig bis dreißig Minuten lang an, und jedesmal brach ein Regen von Hunderten von Kugeln los.

Schon nach den ersten Schüssen liefen die drei Reisenden davon und ließen alle ihre Sachen — Kleider, Uhren, einige geschriebene Notizen — in dem Wagen zurück. Später erfuhr ich, daß sie Anhänger des Bauernbundes waren, der damals noch in der Regierung war, bald darauf aber gestürzt wurde.

Der Güterzug kam näher und näher und hielt wieder an. Einige Soldaten kamen ganz außer Atem zu mir heran und fragten mich, wohin jene Räuber gelaufen seien. Zuerst sagte ich, daß ich nichts gesehen hätte; als sie aber weiter fragten, zeigte ich vor Angst in irgend eine Richtung. Sofort entlud sich dorthin ein Maschinengewehrfeuer. Auch die anderen Bauern wurden von den Soldaten gezwungen, zu erzählen, was sie wußten, oder auch was sie nicht wußten. Aber niemand sagte etwas von den Bauern, die vor wenigen Stunden vorbeigegangen waren: man wußte, daß sie ausgezogen waren, gegen den Feind zu kämpfen, gegen die Faschisten, die auf hinterlistige und brutale Weise ihnen alle Rechte nehmen wollten, die sie sich während der vergangenen zwei oder drei Jahre erworben hatten.

Die ersten Kämpfe in unserer Gegend erfolgten, wie wir später erfahren, zwanzig Kilometer von uns entfernt. Die Bauern wurden geschlagen und verjagt. Und was geschah mit denen, die gefangen genommen wurden?

Die Quälereien, die ich mit eigenen Augen mit ansehen mußte, gruben sich tief in meine Kindersgele ein.

Ich kam am Abend ins Dorf zurück. Vor dem Gemeindegarten waren die Bauern zusammengekommen. Dort standen auch aneinandergesessene Bauern, die von Soldaten und Offizieren umzingelt waren: Die Gesichter der Gefangenen hatten jeden Ausdruck verloren. Ich sah, wie bei jeder Frage

Die sieben Neger von Scottsboro. Revision des Todesurteils.

Der oberste amerikanische Gerichtshof hat das Todesurteil gegen die sieben jungen Neger, die in Scottsboro zum Tode verurteilt worden sind, für revidierbar erklärt. Daraufhin wird der Prozeß in nächster Zeit wieder aufgenommen werden.

Wie zur Zeit der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti herrscht unter der linken Arbeiterschaft von Paris eine große Entrüstung über das Vorgehen der amerikanischen Justiz gegen die Neger. Der amerikanischen Botschaft in Paris soll von mehreren Seiten gedroht worden sein, daß ihre Gebäude in die Luft gesprengt werden würden, wenn das Todesurteil vollstreckt wird. Die Botschaft wird deshalb von einem großen Aufgebot von Kriminalbeamten bewacht.

Vielleicht ist es den vielen von der Arbeiterschaft in den meisten Ländern Europas veranstalteten Versammlungen zu danken, daß den sieben Negern wenigstens vorläufig das Leben gerettet worden ist. Der Mord an Sacco und Vanzetti zeigt aber zur Genüge, daß wir uns hinsichtlich des Revisionsverfahrens keinen Illusionen hingeben dürfen. Wenn es der amerikanischen Justiz um die Frage ginge, ob die Neger schuldig sind oder nicht, dann hätte sie niemals zu einem Todesurteil kommen können, selbst wenn der Beweis gelungen wäre, daß die Neger zwei weiße Mädchen vergewaltigt hätten. Der Prozeß hat aber weit weniger mit Recht als mit Politik zu tun, und darum wird der Ausgang des Wiederaufnahmeverfahrens weniger davon abhängen, welches neue Beweismaterial von den Verteidigern der Neger herangeschafft werden kann, als davon, in welchem Maße die internationale Arbeiterschaft gegen das Wüten der amerikanischen Klassen- und Rassenjustiz protestieren wird.

Kommunistenprozeß in Polen.

Vor der Strafkammer in Wilna wurde am Dienstag der Prozeß gegen 27 Kommunisten zu Ende geführt. 26 wurden zu insgesamt 22 Jahren schweren Kerkers verurteilt, ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Straßenkämpfe in Belfast.

Tote und Schwerverletzte — nur bei den Arbeitern.

In Belfast, in Nordirland, hatten 10 000 Erwerbslose am Dienstag eine Massendemonstration zum Arbeitsamt geplant, um eine Erhöhung der Unterstützungssätze zu fordern. Mit 2000 Schutzleuten, Panzerwagen und Maschinengewehren zog die Polizei aus, um die Demonstration zu verhindern. Es kam zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei, bei denen auf der einen Seite mit Steinen und Flaschen, und auf der anderen Seite mit Gummiknüppeln und Pistolen gekämpft wurde. In den Straßen wurden Barrikaden gebaut. Der gesamte Straßenbahn- und Autobusverkehr mußte stillgelegt werden. Die Polizei ging mit aufgepflanzten Bajonetten durch die Straßen.

Um 23 Uhr erklärte die Polizei, daß kein Einwohner vor dem nächsten Morgen seine Wohnung ohne polizeiliche Erlaubnis verlassen dürfe.

Bei den Straßenkämpfen ist ein Arbeiter von der Polizei getötet worden, zwei weitere sind so schwer verletzt, daß sie nicht mehr gerettet werden können. 50 Arbeiter sind verletzt, einige von ihnen sehr schwer. 56 Arbeiter sind verhaftet worden. Daß auf Seiten der Polizei niemand als getötet gemeldet und nur sehr allgemein von einigen leichten Verwundungen gesprochen wird, spricht nicht dafür, daß die Arbeiter aus den Fenstern heraus scharf geschossen hätten und mit Gewaltmaßnahmen gegen die Polizei vorgegangen sind, wie von bürgerlicher Seite gemeldet wird.

Lloyd George gegen Samuel.

Lloyd George, der zur englischen Nationalregierung in Opposition steht und das Verhalten der Samuel- und Simon-Liberalen sehr verurteilt, hat es auch nach dem Ausscheiden Samuels und seiner Freunde aus der Regierung abgelehnt, auf einer Versammlung der Samuel-Liberalen zu erscheinen. Er schreibt in seiner Antwort auf die an ihn gerichtete Einladung, daß die Wiedergeburt des Liberalismus nicht ausgehen könne von Leuten, die eine Politik wie die der englischen Regierung unterstützen haben; Samuel sei für diese Politik voll und ganz verantwortlich.

Der Erzbischof von Mexiko muß zahlen.

Der Erzbischof von Mexiko, Ruiz y Flores, der von der mexikanischen Regierung aus Mexiko ausgewiesen worden ist, wurde verhaftet, aber bald darauf wieder freigelassen. Er ist zu einer Geldstrafe von 500 Pesos verurteilt worden.

Die Henker.

Erinnerungen eines bulgarischen Bauernjungen.

Vor neun Jahre wurde die bulgarische Bauernbundesregierung durch einen faschistischen Putsch gestürzt, der auf Jahre hinaus die politische Macht im Lande den, reaktionären Henkern überlieferte.

Alex. Ich war dreizehn Jahre alt und hatte erst vor kurzem die Schule verlassen. Den ganzen Tag über war ich mit meinen Ponys auf der Weide, drei Kilometer vom Dorfe entfernt. Die Sonne stieg höher und höher. Rufe und Lärm klangen über die Felder: die Dorfbewohner kamen in Gruppen den staubigen Weg entlang und zerstreuten sich in verschiedenen Richtungen über die Felder.

Gegen neun Uhr morgens kamen aus der dem Dorf entgegengesetzten Richtung mehrere Gruppen von Bauern. Einige waren mit Gewehren bewaffnet, andere mit Äxten; die meisten trugen nur Stöcke mit sich. Fast alle sahen sie ernst und nachdenklich aus, zugleich aber entschlossen und hoffnungsvoll. Sie bildeten einen langen Zug, der sich in Richtung des Schwarzen Meeres fortbewegte.

Auch ein kleiner Wagen kam vorbei, in dem drei Reisende saßen, die ängstlich nach allen Seiten Umschau hielten.

Aus der anderen Richtung fuhr ein Güterzug heran, der aus vierzig bis fünfzig Wagen bestand, alle voll von bewaffneten Soldaten.

Plötzlich wurde die Ruhe der Bauern unseres Dorfes, die ganz in ihre Feldarbeit vertieft waren, durch das Geräusch von Maschinengewehrfeuer gestört. Noch mehr als sie waren die drei Reisenden erschrocken. Mir schien es zuerst, als fielen die Kugeln auf die arbeitenden Bauern. Ich hatte mich aber geirrt; die Soldaten wollten den Bauern nur durch das Geräusch Angst einjagen.

der Offiziere die Peitsche auf ihr Gesicht niederknallte. Diese Folter wurde solange fortgesetzt, bis die Opfer bewusstlos am Boden lagen. Aus „Mitleid“ mit seinem Opfer holte ein Offizier mit dem Kolben seines Gewehrs so weit aus, daß er beim Schlag seine eigene Hand brach. Der Halbtote rührte sich kaum, es sah aus, als spürte er nichts. Er konnte wohl auch nichts mehr spüren; Augen, Nase und Mund konnte man auf seinem Gesicht nicht unterscheiden.

Es war am 9. Juni 1928, spät in der Nacht. Der Himmel war feuerrot. Das Dorf lag da wie in Blut gebadet. Auf den Höfen und in den Gassen standen die Bauern in Gruppen herum. Allmählich brach der Tag an. Als die Sonne aufging, schien es mir, als stünde das ganze Dorf in Flammen.

Die Gendarmen gingen herum und machten unverständliche Handbewegungen. Ich ging auf das Feld mit meinen Ponys. Heute zogen nicht mehr, wie gestern, bewaffnete Bauern vorbei, die den Kampf aufnehmen wollten, sondern Soldatentruppen, die von Schlägen halbtote Bauern gefesselt vor sich hintrieben.

Wie die Bauern auf dem Wege behandelt wurden, kann ich gar nicht beschreiben. Oft wurden sie angehalten, und man zwang sie, indem man sie mit Gewalttätigkeiten bedrohte, zu singen, zu tanzen oder ähnlichen Irrsinn zu treiben. Sie waren so zerschlagen, daß sie sich kaum mehr bewegen konnten. Ich erinnere mich noch, daß ich die einzelnen Teile des Gesichts bei ihnen nicht unterscheiden konnte. Der ganze Kopf stellte nur einen großen blauen Klumpen dar, der mit Blut bespritzt war. Einem war das Gesicht noch mehr verstümmelt, einem anderen die Hände gebrochen. Und in diesem Zustand zwang man sie, zu tanzen, zu singen und jeden anderen Wunsch der Soldaten zu erfüllen.

Dann verschwand der Zug in der Richtung nach der Stadt.

Der Kampf beim Staatsgerichtshof.

Die geheimnisvollen Pläne Severings.

Zu Beginn der Verhandlungen am Dienstag nachmittag verlas Dr. Brecht die Darstellung Severings von dessen Unterhaltung mit Herrn von Gayl. Nach dieser Darstellung hat Herr v. Gayl ihn eines Tages aus Anlaß einer Personalfrage besucht. Severing habe Gayl bei dieser Gelegenheit gefragt, ob die Reichsregierung beabsichtige, in Preußen einen Reichskommissar einzusetzen. Gayl habe das verneint. Darauf habe Severing dringend vor der Einsetzung eines Reichskommissars gewarnt. Es könnte möglicherweise nach der Wahl bei Arbeitsunfähigkeit des neuen Parlaments eine Zusammenfassung der Regierungstellen erforderlich werden. Am besten würde das durch Weiterverfolgung der zwischen Braun und Brüning bereits verfolgten Pläne geschehen, aber natürlich nicht durch einen gegen Preußen eingesetzten Reichskommissar, der die preußischen Minister absetze.

Dr. Gottheiner gab ein Telegramm von Gayl zur selben Frage bekannt. Danach habe Severing das Gespräch auf die Gerüchte über die angeblich geplante Einsetzung eines Reichskommissars gebracht. Severing habe erklärt, daß er sich an den Erörterungen über diese Frage selbst nicht mehr beteiligt habe, weil er der Meinung sei, daß diese Maßnahme sich nicht werde umgehen lassen. Severing habe das Gespräch geschlossen mit der Bemerkung: „Warten Sie nicht mehr lange ab.“

Der Standpunkt der anderen Länder.

Nachdem, wie der Vorsitzende feststellte, der tatsächliche Teil der Klage zu Ende verhandelt war, wurde mit der Erörterung des rechtlichen Teils begonnen.

Staatsrat von Jan (der Vertreter Bayerns) führte dazu aus: Wir haben ein rechtliches Feststellungsinteresse daran, daß die Fragen, die uns bewegen, vor dem Staatsgerichtshof geklärt werden, nachdem die Vorverhandlungen, die wir mit der Reichsregierung über die Frage der Einsetzung eines Staatskommissars geführt haben, ein uns befriedigendes Ergebnis nicht gehabt haben. Bayern versteht unter bundesstaatlichem Charakter des Reiches den Aufbau des Reiches als Bundesstaat und die Rechte, die den Ländern als im Rahmen der Reichsverfassung selbständigen Staaten zustehen.

Die Länder sind älter als das Reich. Sie sind das Primäre, die Urzellen, aus denen das Reich entstanden ist. Die Länder wollen, daß die ihnen zukommenden Rechte ungeschmälert ihnen verbleiben. Die bayerische Regierung ist eine geschäftsführende Regierung. Aber sie ist als parlamentarisch eingesetzt gewesene Regierung freiwillig zurückgetreten, und sie hat auch im Landtag selber stets die nötige Mehrheit für ihre Vorlage gefunden.

Sie orientieren sich also des Vertrauens der Volksvertretung. Nach meiner Meinung ist die Reichskommissariats-Regierung keine Landesregierung. Das Mitbestimmungsrecht der Länder, das sich im Reichsrat verkörpert, kann nur ausgeübt werden von den zum Reichsrat berufenen Vertretern der Länder, die Mitglieder ihrer Landesregierungen sein müssen.

Deshalb hat ein Reichskommissar keinen Platz im Reichsrat.

Das ist unsere, die bayerische, Auffassung. Und wir möchten vom Staatsgerichtshof wissen, ob diese Auffassung geteilt wird.

Dr. Fecht (der Vertreter Badens) erklärte, die badische Regierung sei von dem Gedanken ausgegangen, daß das, was in Preußen geschehe, jederzeit auch in Baden geschehen könne. Sie lege Wert auf die Feststellung der Grundsätze, die sich auf Grund des bundesstaatlichen Charakters des Reiches für die Ergreifung von Reichsmaßnahmen gegen die Länder ergeben.

Professor Nawiasky erklärte, ebenfalls im Namen der bayerischen Regierung, das Selbstbestimmungsrecht der Länder gebe diesen das Recht.

als Träger eigenen politischen Willens im Reich zu leben.

Professor Hilfinger (ein Berater der Reichsregierung) betonte, das Endziel sei der Bundesstaat von Weimar mit dem Akzent auf dem Staat!

Professor Anschützörterte die Auslegung des Art. 48. Er lehnte es ab, sich in jedem Punkt auf seinen Kommentar

zur Reichsverfassung festlegen zu lassen. Die Entwicklung habe gezeigt, welches politische Kapital im Artikel 48 liege; das könne zu neuer Betrachtung der Dinge führen. Anschutz wendet sich gegen die Auffassung Schmitts, daß die Reichsverfassung entsprechend der jeweiligen politischen Lage auszulegen sei. — Was die „Pflichtverletzung“ angehe, so sei die Tatsache der Ungleichartigkeit der Innenpolitik von Reich und Land nicht als Pflichtverletzung aufzufassen. Die Reichsverfassung wolle den Bundesstaat und den Parlamentsstaat und

müsse deren Schattenseiten mit in Kauf nehmen. Ein nicht genügender Gebrauch von Landesrechten könne keine Verletzung von Pflichten gegenüber dem Reich darstellen.

Um das Bündnis zwischen Nazis und Regierung.

Professor Heller (der Vertreter der klagenden SPD-Fraktion) behauptet zur Unterstützung der Angabe, daß parteipolitische Abmachungen mit der NSDAP die Reichsregierung zu ihrem Vorgehen gegen Preußen gezwungen hätten,

die Herren von Alvensleben und von Gleichen wüßten darüber Bescheid und könnten also gehört werden.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Heller die Lage so ansehe, daß die öffentliche Ruhe am 20. Juli gestört gewesen sei, sagt dieser: „Jawohl! Aber nicht so, daß mit so scharfen Maßnahmen hätte eingeschritten werden müssen.“

Dr. Brecht: „Wir behaupten, daß es zu einer Entfernung der sozialdemokratischen Minister gekommen ist, weil es dem Verlangen der NSDAP entsprach. Es ist ohne Beweisaufnahme klar, daß der Reichskanzler versucht hat, in Preußen eine neue Regierung unter Beteiligung der Nationalsozialisten einzusetzen.“

Dr. Badt: „Diese ganzen Abmachungen entsprechen einem durchaus nicht neuen Plan. Es sollte mit Artikel 48 der Dualismus Reich-Preußen beseitigt werden und die sehr unbequeme Regierung Braun-Severing.“

Dr. Gottheiner: Ich habe schon erklärt, daß weder Abmachungen noch Vereinbarungen mit Parteien bestanden haben. Die Reichsregierung hat sich in voller Freiheit und in freier Verantwortung entschlossen, das zu tun, was am 20. Juli 1932 geschehen ist. An sich stand die Reichsregierung nach der Veröffentlichung des Artikels Severings zum Wiedererscheinen des „Vorwärts“ dicht vor der Einsetzung des Reichskommissars. Sie hat noch einmal gewartet, weil Severing sich gegen die Kommunisten ausgesprochen hatte.

Dr. Brecht: Die Reichsregierung behauptet, die preußischen Minister hätten nicht mehr die volle innere Freiheit gegenüber den Kommunisten besessen. Da sei nun zu fragen, ob etwa der Reichskanzler im Sinne der gleichen Terminologie noch die volle innere Freiheit gegenüber den Nationalsozialisten besessen habe, als er am 20. Juli seine Maßnahmen traf. Für die Vorkommnisse in Altona könne man die Polizei nur bedingt verantwortlich machen. Später habe die Reichsregierung, nachdem sie das Uniformverbot aufgehoben habe, die Umzüge verbieten müssen, und habe damit bei den Nationalsozialisten große Erregung verursacht.

Sie sei gezwungen gewesen, um die Nationalsozialisten zu befriedigen, und die Abmachungen einzuhalten, die getroffen worden seien, etwas anderes zu tun, und da habe sie sich zu ihrem Schritt gegen Preußen entschlossen.

Der Vorsitzende greift ein: Es bestehe wohl kein Streit darüber, daß der Reichspräsident und der Reichskanzler von Papen bereit gewesen seien, Nationalsozialisten in die Regierung aufzunehmen. Daß darüber Besprechungen stattgefunden hätten und daß unter Umständen auch die Bestimmungen festgelegt worden seien, unter denen eine solche Aufnahme geschehe könne, sei ebenfalls zweifellos.

Die nächste Hauptfrage.

Man wendet sich nun der zweiten Hauptfrage zu: „Was ist entstanden durch die Ausführung der Verordnung vom 20. Juli 1932?“

Dr. Brecht schildert zunächst die Absetzung der Minister, die am ersten und zweiten Tage von der Reichsregierung als vollständig und endgültig gedacht gewesen sei, später aller-

dings als bloße Suspendierung umgedeutet worden sei. Die jüngsten Veränderungen im Verwaltungskörper stellten eine Vorwegnahme der Entscheidung des Staatsgerichtshofes dar.

Die Reichsregierung und auch die breiteste Öffentlichkeit trügen eine Gleichgültigkeit zur Schau, die nicht anders zu erklären sei als durch das Gefühl, daß der Staatsgerichtshof nicht wagen werde, wirklich Recht zu sprechen. Wenn es freilich hier kein Recht gäbe, so würde allerdings alles möglich sein.

Dr. Gottheiner protestiert die Behauptung, die Ministerabsetzung sei endgültig gedacht gewesen. Die kommissarische Staatsregierung habe sich zunächst einer starken Zurückhaltung befleißigt, weil sie angenommen habe, daß das Provisorium von verhältnismäßig kurzer Dauer sein würde.

Präsident Bumke erklärt, daß er wiederholt ausdrücklich gebeten habe, einen Appell an das Reichsgerichtswesen und an den Mut des Staatsgerichtshofes zu unterlassen, weil ein derartiger Appell in der Öffentlichkeit immer nur so verstanden werde: „Entscheide dich zu meinen Gunsten, so sprichst Du Recht; wenn nicht, so zeigt sich, daß es bei den deutschen Gerichten kein Recht mehr gibt.“ Die tieferen Gründe dieser Rechtsnot und die Frage, von welcher Seite und von welchen Stellen diese Rechtsnot noch gefördert worden sei, wolle er nicht erörtern.

Ministerialdirektor Schütze ist inzwischen von der Reichsregierung als Vertreter des Reichskanzlers in seiner Eigenschaft als Reichskommissar benannt worden.

Professor Schmitt erläuterte mehr geschichtlich als interessant, daß der Streit zwischen Ländern und dem Reich schon um 1636 eine Rolle gespielt habe.

Die Professoren Heller, Peters und Giese sprachen noch zum Schluß der Sitzung. Giese meinte: Wenn es im Artikel 48 heiße, die Länder könnten zur Pflichterfüllung angehalten werden, so sei darin deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die zur Pflichterfüllung Berufenen nicht beseitigt werden könnten.

Ein Minister befördert sich selber. „Scharfer“ Eingriff in die Bonzenwirtschaft.

H. Lt. Man kann nicht leugnen, daß „nationale“ Minister oft eine große Voraussicht an den Tag legen. Als Frick thüringischer Minister wurde, ließ er sich sofort eine Sonderpension bewilligen. Sein reaktionärer Kollege, der Innenminister von Mecklenburg-Schwerin, ist nicht minder begabt. Dieser Mann mit dem bezeichnenden Namen Dr. Scharf war früher Beamter, und zwar Amtshauptmann. Jetzt hat der Innenminister Dr. Scharf den Amtshauptmann Dr. Scharf zum Oberregierungsrat ernannt. — Ein „scharfer“ Eingriff in die Bonzenwirtschaft!

Christen gegen Christen. Mit dem Stimmzettel gegen die Diktatur.

Anfang September hatte der „Christliche Bauernverein“ in einer Kundgebung die Einführung des sogenannten Pluralwahlrechtes gefordert. Nach diesem Wahlsystem hat jeder, der einer bestimmten Bevölkerungsklasse angehört, z. B. jeder, der Grund und Boden besitzt, mehr Stimmen als ein anderer, der nichts besitzt. Die Bezirkskonferenz des „Bezirksverbandes der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine der Stadt München“ hat sich mit diesem Vorschlag des „Christlichen Bauernvereins“ beschäftigt. In einer einmütig angenommenen Entschließung heißt es:

„Selbst der Christl. Bauernverein stellte sich in seiner Kundgebung vom 5. Sept. ... in die Reihe der reaktionären Elemente. Demgegenüber hält die katholische Arbeiterschaft an der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung unbedingt fest ... Einmütig und restlos wird die katholische Arbeiterschaft mit dem Stimmzettel sich einsetzen für die Freiheit und die Rechte des Volkes und gegen jeden Versuch von Diktatur und Entrechtung.“

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verlag GmbH, Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29.

BRUNO GLUCHOWSKI
KOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (1)
COPYRIGHT BY FACKELREITER-VERLAG

„Wo wollen Sie hin“, fragt er, Günther in den Weg tretend. „Verzeihung, ich wollte hier mal wegen Arbeit anfragen“, sagt der, seinen Hut lüftend. Als Gegenruß hebt der Portier zwei Finger seiner rechten Hand an den Mützenschirm.

„Tja, da sind Sie ein bißchen reichlich früh gekommen. Die Arbeiterannahme wird erst um acht Uhr geöffnet. Kommen Sie nachher noch mal wieder.“

Damit ist Günther abgefertigt. Er grüßt wieder, verläßt die Zeche, geht, eine Zigarette rauchend, die Straße hinauf. An der rechten Seite ist sie mit Wohnhäusern bebaut, die aber bald im freien Felde verlaufen. Links sind die Gebäulichkeiten der Zecheanlage. In der Mitte des gewaltigen, stählernen Doppelfördergeräts, um dieses herumgruppiert das Maschinenhaus für die Dampfördermaschine, Schlosserei, Schreinerei, Schmiede, elektrische Werkstatt, Turbinenhaus, Waschkäuc, Magazin und nach der Straße zu die Markenkontrolle.

Die Straße steigt an und endet in einem kleinen Gehölz, von dem aus Gerling seine Blicke umherschweifen läßt. Ein eigenartiges, nie gezeichnetes Bild sieht er dort.

So weit er sehen kann, Zechen und Fabrikanlagen, Eisenhütten und Stahlwerke von riesigen Ausmaßen. Ineinander verflochtenes Gewirr von Eisengerüsten, Stahlmasten und sich im Dunkel verlierenden Schornsteinen, aus denen Rauchfahnen zerflattern, von dicken Rohrleitungen, bauchigen Behältern und schlanken Türmen, von mächtigen Fabrikhallen aus Eisen, Glas und Stein, von Bauten aus allem erdenklichen Material. Hochofen, Walz- und Martinstahlwerke, Zink-, Eisen- und Kupferhütten, Kokereien, Giessereien und Schlackenmühlen, Krane und Bagger mit klauenähnlichen Greifarmen, Stein- und Schlackenhalde, zu Miniaturgebirgen aufgetürmt. Zwischen diesen Industrieanlagen zusammenhängende Häusermassen, und

all das Dunkel nach allen Seiten hin durchbrochen von Tausenden von Lichtern.

Von elektrischen Glüh- und Bogenlampen, von mattschimmernden Gaslaternen, vom Feuerschein der Kokereien, Walz- und Hüttenwerke, von bläulichem Licht aus Fabrikhallen, von Funkengarben, die aus Hochofenschlünden wie ein tausendrakeliges Feuerwerk zum Himmel emporgeschleudert werden. Ein Bild, das derjenige, der es zum erstenmal sieht, nicht so leicht vergessen wird.

Arbeitslärm tönt von all diesen Werken herüber. Klopfen und Hämmern, Glockensignale, Rollen von Wagenrädern, Kreischen elektrischer Sägen, Summen von Elektromotoren, Rufen menschlicher Stimmen, Knirschen eiserner Walzen, Krachen von Metall auf Metall, eintöniges Gebimmel einer Zechenbahn, und ab und zu der klagende Ruf eines Nachtvogel. Nächtliche Industrielandschaft.

Langsam bricht die Morgendämmerung herein, die Lichterpracht verblaßt und verlöscht. Grau und eintönig sieht jetzt alles aus: die Fabriken, die Zechen, die Straßen und die Häuser. Bis kurz vor 8 Uhr streift Günther Gerling herum, begibt sich dann zum Arbeiterannahmebüro der Zeche.

Um 10 Uhr hat er alle Formalitäten erledigt, wird in die Belegschaftsliste der Zeche Rhenania eingetragen als Schlopper Günther Gerling, Markennummer 663, Rovier II, 5. Sohle. Stolz trägt er die funkelneue Kaffeepulle und das in ein blaues Handtuch eingewickelte Grubenzeug.

Die Waschkäuc, eine hohe, weite, verstaubte Halle, wimmelt von Menschen. Ketten, an denen eiserne Haken zum Aufhängen der Kleider befestigt sind, rasseln quitschend herunter. Das dreckige Arbeitszeug wird vom Haken geworfen, das Werktagszeug ausgezogen und aufgehängt. Nackte Bergarbeiter bekleiden sich mit den Lumpen, die sie in der Grube tragen, meist alten, abgelegten und sonst nirgends verwendungsfähigen Jacken, Hosen, Hemden, Schuhen, Hüten und Mützen. Für die Grube ist eben das Schlechteste noch gut genug. Döring, dem das Umkleiden schneller von der Hand geht, kommt zu Gerling, geht mit ihm zur Lampenstube, wo er die Schichtmarken abgibt und zwei brennende Grubenlampen in Empfang nimmt. In kleineren Gruppen gehen nun die Kumpels zum Schacht, ihre Lampe als treueste Begleiterin in der Hand, am Leibriemen oder an der Hosentasche an-

gehakt. Alle verschwinden in einem langen, überdeckten Gang, der auf eine eiserne Plattform, die Hängebank, mündet. Die Kohlenförderung der Morgenschicht ist noch in vollem Gange, ununterbrochen rollen die Wagen von den Förderkörben. Krachend stoßen sie aufeinander, werden von den Schleppern, nach den Kreiselkippen geschoben, wo sie eine horizontale Drehung machen und ihr Inhalt auf die Schüttel-siebe der Lesebank poltert. Junge Burschen und alte Invaliden stehen dort am Leseband, klaben die Steine aus den Kohlen. Die Sortierung erfolgt maschinell.

Lebensgefährlich ist die Arbeit der Schlepper. Bei dem wahn sinnigen Tempo der Förderung müssen sie alle Körperkraft und Geschicklichkeit aufwenden, um nicht zwischen den Wagen zerquetscht zu werden. Zur Seite des Schachtes stehen in mehreren Reihen die Bergleute der Mittagsschicht, auf den Beginn der Seilfahrt wartend.

Glockensignale schallen aus der Tiefe: Seilfahrt zur 5. Sohle!

Der erste Korb wird mit Menschen gefüllt. In vier übereinander liegenden Etagen finden 50 Mann, eng aneinandergedrängt, in krummer, gebückter Haltung, Platz. Die eisernen Türen werden geschlossen. Ein Glockenzeichen erschallt von der 5. Sohle, wird vom Anschläger an den Fördermaschinen weitergegeben. Langsam setzt sich der Korb in Bewegung.

Das Tageslicht entschwindet. Schneller, immer schneller fällt der Korb, um dann die höchstzulässige Geschwindigkeit von 10 Sekundenmetern zu erreichen. Ein eigenes Gefühl, auf schwankendem Eisenkorb an einem Stahlseil über dem fast 1000 Meter tiefen Schacht zu hängen. Finsternis ringum, nur vom schwachen Schein der Grubenlampen unterbrochen, die zitternde Reflexe auf die nassen Schichtwände werfen. In sausernder Fahrt geht es jetzt abwärts. Gerling hat das Gefühl, als versänke der Boden unter seinen Füßen. In den Ohren verspürt er ein Summen und Brausen, in dem Kopf einen dumpfen Druck, durch das schnelle Hinuntergleiten des Korbes bedingt. Endlos währt ihm die Fahrt, seine erste Fahrt in die Erde und ist doch schon in zwei Minuten beendet. Der Druck im Kopf steigert sich fast bis zur Unerträglichkeit, Gerling schließt die Augen. Die Geschwindigkeit verlangsamt sich, bis der Korb endlich hält. Mit den anderen stolpert er heraus. (Fortsetzung folgt.)

Geburtenrückgang bei Arm und Reich.

M. H. Der Geburtenrückgang hat bekanntlich in Deutschland wie in anderen Ländern begonnen bei den besitzenden Schichten und erst allmählich übergreifen auch auf das Proletariat, das aber immer noch prozentual viel stärker für den Nachwuchs sorgt als die bürgerlichen Kreise. Das geht aus einer interessanten Statistik hervor, die in den „Berliner Wirtschaftsberichten“ kürzlich veröffentlicht worden ist:

Ehlich Lebendgeborene auf 1000 Ehefrauen von 15 bis 45 Jahren			
Jahresdurchschnitt	in proletarischen Bezirken	in wohlhabenden Bezirken	in proletarischen Bezirken mehr als in wohlhabenden
1900/01	192	166	26
1910/11	134	114	20
1925/26	65	58	7
1929/31	55	43	12

Wie sehr der Geburtenrückgang im Proletariat abhängig ist von der wirtschaftlichen Lage — und nicht von der steigenden „Unsitlichkeit“, wie vor allem die Kirche behauptet — das zeigt deutlich die vielerorts beobachtete Tatsache, daß die Geburtenbewegung sich entsprechend den Veränderungen des Arbeitsmarktes verhält; daß also beim Wachsen oder Sinken der Arbeitslosenziffern wachsende bzw. steigende Geburtenziffern vorhanden sind.

Die statistischen Ergebnisse für das erste Halbjahr 1932 über die Bevölkerungsbewegung in den deutschen Großstädten zeigen folgendes Bild: Auf tausend Einwohner und auf ein Jahr berechnet betrug die Zahl der Eheschließungen 7,6, der Lebendgeborenen 12,1, der Sterbefälle 10,6. Die Eheschließungen haben damit eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr gezeigt. In der Hauptsache blieb diese Abnahme auf die größeren Städte beschränkt, während in den Kleinstädten ein Wiederanstieg der Heiratshäufigkeit bemerkbar war. Die Zahl der Lebendgeborenen ist in den Großstädten und größeren Kleinstädten stärker zurückgegangen als in den kleineren Städten. Diese Senkung ist besonders dadurch herbeigeführt worden, daß jetzt auch in den früher sehr kinderreichen rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Industriestädten eine stärkere Abnahme der Geburten erfolgt. Bei einem

Vergleich der Sterblichkeitsverhältnisse

in diesem Jahr mit dem Vorjahr macht sich eine Abnahme der Grippeepidemie des Jahres 1931 stark geltend. Auch hat an der allgemeinen Senkung der Sterbeziffer die Verminderung der Säuglingssterblichkeit durch den Geburtenrückgang einen nicht unerheblichen Anteil. Die Großstädte haben nur noch einen Geburtenüberschuß von 0,7 auf 1000 gegenüber 1,0 im Jahre 1931. In den Mittelstädten betrug der Geburtenüberschuß 2,6, das sind 0,8 weniger als 1931. Der Rückgang in den kleinen Städten betrug 0,3. In elf Großstädten gab es mehr Sterbefälle als Geborene. Ähnlich wie in den elf Großstädten verhielt es sich noch in neun Mittelstädten.

Für den verhältnismäßig starken Rückgang der Geburtenziffer ist in erster Linie die wirtschaftliche Notlage der Arbeiterschaft verantwortlich. Der Rückgang ist in den

Neue Streiks.

In den Lehr- u. Beschäftigungswerkstätten in Treptow sind die Schuhmacher wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten.

Die Arbeiter der Berliner Hafen- und Lagerhaus-AG treten heute mit 380 Mann in den Streik.

In Weißwasser sind 110 Arbeiter der Glaswerke Gelsdorf gegen einen Lohnabbau in den Streik getreten.

SP-Zeitung verboten.

Die sozialdemokratische „Königsberger Volks-Zeitung“ ist auf die Dauer von vier Tagen verboten worden wegen eines Artikels „Hoher Besuch“.

Daubmann ist nicht Daubmann? Es erregte vor kurzem viel Aufsehen, als der ehemalige Kriegsgefangene Daubmann angeblich aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte. Eine Untersuchung des Falles Daubmann soll jetzt ergeben haben, daß der angebliche Daubmann ein Schwindler, und der echte Daubmann tatsächlich tot ist.

Der Schnellzug Paris-Basel ist am Mittwoch entgleist. Nach den vorliegenden Meldungen sind fünf Personen verletzt.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, 15. Oktober, 20.15 Uhr, Volkshaus Barmbeck, Beim alten Schützenhof 4. — Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Wir fordern Abrüstung!

Leipzig: Sonnabend, 15. Oktober, 20 Uhr, Volkshaus, Zeitzer Straße. — Thema: Sollen Arbeiterorganisationen Arbeitsdienstlager einrichten?

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Zwickau. Eintritt frei!

Schafft Einheit

gegen Faschismus und Papen-Diktatur!

Oeffentliche Versammlung am Donnerstag, 13. Oktober, 20 Uhr im „Goldenen Becher“.

Vertreter der SAP, der KPD-O und des ISK sprechen über die

Möglichkeit der proletarischen Einheitsfront in Zwickau.

Freie Aussprache!

Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Sozialistische Arbeiter-Partei.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.

KPD-Opposition.

Jugendliga für Menschenrechte,

Ortsgruppe Nord: Freitag, den 14. Oktober, 20 Uhr, Vortrag: „In welcher Gefahr schwebt die Jugend?“ Berlin N 24, Monbijouplatz 10, Eingang IV/III.

Kleinstädten noch geringer als in den Großstädten, weil die Aufklärungstätigkeit der Organisationen für Geburtenregelung bisher in den Kleinstädten noch weniger zur Geltung gekommen ist. Die Tätigkeit dieser Organisationen greift erst jetzt auf kleinere Orte über und wird bald dafür sorgen, daß sich auch dort die Geburtenziffer derjenigen der Großstädte annäht, die vorwiegend katholische Bevölkerung der rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Industrieorte folgt jetzt dem Beispiel der Großstädte und

Jahrmärkte in Deutschland 1932.

Herbstmesse in Kassel. Die Menschen drängen sich durch die Reihen. Blaue, grüne, gelbe Luftballone flattern. Lebkuchenherzen duften. Die Sonne scheint in den Oktoberdunst, und der alte Buzenzauber wirkt noch immer.

Im ersten Glied stehen die Ballonmänner. Jeder hat einen dünnen Stab in der Hand und schwingt einen kläglich quietschenden Papiervogel. Die Kinder starren begeistert, auf den Vogel, auf die Ballone und auf all den glitzernden Tand, den diese Männer bei sich haben: Trompeten, Perlen und Phantasienadeln.

So war es schon immer! Aber dann entdeckte ich etwas Neues. Eine ganze Reihe von, Abzeichen: Hakenkreuz an Hakenkreuz — dicht darunter: Hammer und Sichel. „Das ist eine sonderbare Zusammenstellung!“ Der Mann zuckt die Achseln, antwortet ruhig: „Das Kapital verdient an allem.“

Den meisten Zulauf haben die Astrologen. Sie sitzen da in weißen Mänteln, mit schwarzen Turbanen, stecken geheimnisvolle Fähnchen in die Sternkarten und flüstern mit den Ratsuchenden. Ein junger Mann ist an der Reihe; Sportmütze, abgetragene Jacke, offenes Hemd. Der Astrologe sieht ihn schweigend an. Dann steckt er seine Nase in die Planeten und murmelt: „Sie haben schlechte Aussichten in Ihrem Beruf. Sie strengen sich an, aber es kommen doch immer wieder Schwierigkeiten!“ Der Kunde verzicht mürrisch sein Gesicht. Der Astrologe merkt's und hustet tröstend: „Nur Mut. Durch Protektion können Sie höher kommen.“ Das Gesicht des andern erhellt sich um keinen Schimmer. Er denkt: Lächerlich — Protektion für Arbeitslose in Papen-Deutschland — vielleicht für Streikbrecher — pfui Teufel!

Danach kommt schüchtern ein kleines dickes Fräulein. Fast fängt es an zu weinen, als es seine Geburtsstunde nicht weiß. „Sie haben wenig Fähigkeiten für einen wissenschaftlichen Beruf“, bemerkt mit Ernst der Himmelskundige. Das Fräulein seufzt ein bißchen, im Grunde ist ihm das egal. „Sie sind häuslich und werden heiraten; schade: nur zwei Kinder.“ Dem Fräulein genügt's. Es will zufrieden gehen. Da fällt ihm ein: „Darf ich wiederkommen, wenn ich meine Geburtsstunde weiß, oder muß ich nochmal 50 Pfennig zahlen?“ — „Kommen Sie ruhig wieder.“

Weiter unten lärmten die billigen Jakobe. Im Unterschied zu früher verkauft jeder nur eine Ware. Der eine Küchenreihen, der andere Fußpflegemittel, der dritte Rasierapparate, der vierte Leinenspitzen. Manchmal sprechen sie alle nur gedämpft und erholen sich. Einer beginnt zu schreien. Im Nu schreit der ganze Chor. Vor allem der Jakob mit den Leinenspitzen ist umlagert. Ein kräftiger Mensch mit breitem Brustkorb, blauen Augen und blonden Haaren. Eine Rassenperle! Er ist der Dreisteste. Im Handumdrehen mißt er angebliche sechs Meter ab und dann erklärt er seinen Käuferinnen: „Meint Ihr, ich verdiene an der Ware? Ich verdiene nur am Messon! — Hier sehen Sie die neuesten Notverord-

schränkt, entgegen den kirchlichen Vorschriften, die Kinderzahl ein. Daß der bemerkenswerte Geburtenrückgang in diesen Orten andere natürliche Ursachen haben sollte, ist jedenfalls nicht sehr wahrscheinlich.

Rückgang der Berliner Bevölkerung.

Trotz starken Zuzugs hat die Einwohnerzahl Berlins in den letzten Monaten weiter abgenommen. Sie beträgt heute rund 4¼ Millionen, d. h. rund 50 000 weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Abnahme ist auf die geringere Geburten-Ziffer und die größere Sterblichkeit infolge des Wirtschafts-Elends zurückzuführen.

nungsspitzen! Aus diesen Spitzen machen Sie ein ganzes Hemd: Sie nehmen die Spitzen unten, Sie nehmen die Spitzen oben, in der Mitte brauchen Sie nichts, das ist der Hohlraum. Wenn Ihr dieses Hemd anhabt, Frauen, sagt jeder Mann „Schnücki“ zu Euch!“

Herr Bracht, wo ist die Polizei? Der Mann redet ohne Zwickel!

Auf der Leister'schen Wiese sind vier Karusselle. Nur das größte hat regelmäßigen Betrieb. Es ist nicht sonderlich modern: viele Lichter, viel Spiegelglas und breite rotgepolsterte Karossen. Die Musik spielt verzerrt alte wehmütige Schlager. Kinder fehlen hier ganz. In den Wagen räkeln sich halbwüchsige Mädchen, die Hakenkreuzbroche an der Bluse. Buntbemützte Schüler springen in das fahrende Karussell. Sie schlingen den Arm um ihre Freundinnen und schauen stolz ins Publikum. So fliegen sie im Lichterglanz vorbei an der dunklen Menge:

Es ist uns alles gleich,
Wir fahr'n ins Dritte Reich!

Das kleine Karussell hat seine Vorhänge heruntergelassen. Es ist erst 19 Uhr, aber die Konkurrenz des Prachtkarussells war zu groß. Kein Mensch wollte mehr mit dem kleinen fahren. Da war es schon besser, das alte dürre Pferd auszuspannen, das den ganzen Tag im Kreise ging. Ist es nicht bereits verrückt geworden von dem täglichen Drehgang und der unaufhörlichen Musik. Es steht im Dunkeln neben einem Wohnwagen und kaut Heu. Es schmeckt ihm nicht. Das Tier läßt die Halme zu Boden fallen. Dort bleiben sie liegen. Der Junge des Karussellbesitzers steht daneben. Traurig streichelt er den müden ausgemergelten Kopf des Pferdes.

Hans Lehnert.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.—RM zuzüglich Bestellgeld:

Name Ort

.....

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet, senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark. Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen

Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O.-V.-Guericke-Str. 104.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei

Kurt Levy, Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Warum werfen Sie Ihr Geld weg

für minderwertige Konfektionskleidung? Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.

Rudolf Schönheit Herren- und Damen-Maßschneiderei Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 W

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987

11.-14. Oktober: Czinner:

Der Geiger von Florenz

mit Elisabeth Bergner u. Conrad Veidt.

Beiprogramm: Vulkanische Urkräfte. — Unter der Tropenzone Java. — Fox-Woche Wocheerschau.

Jugendliche haben Zutritt. Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!



Was tust Du

für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit Klebmarken mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebmarken noch heute bei der Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.

Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3.— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr.

Von der Kunst, zu philosophieren.

Von Leonard Nelson.

35 Seiten. Geheftet 0,45 Mark.

Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:

„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorbeigehen.“

„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.

„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter.“

Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen „Professorenweisheiten“, sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt.“

„Der Funke“ Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a. Postscheckkonto: Berlin 31342.

Papen auf Besuch.

Selne Rede vor der bayerischen Industrie.

Bei seinem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung sprach Herr von Papen auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Bayerischen Industriellen-Verbandes. Wir werden auf die Rede vielleicht morgen noch eingehen; hier nur in kurzen Stichworten der Hauptinhalt:

Die Hohoheit des Reiches in seiner Weltgeltung wieder zum Ausdruck zu bringen, ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. . . . Wer wird Kapital anlegen in einem Lande, das dem Zugriff seiner Nachbarn schutzlos preisgegeben ist? Dabei erinnerte der Kanzler an den Einmarsch ins Ruhrgebiet, der den Sturz der Mark auf einen billionsten Teil ihres jetzigen Wertes zur Folge gehabt habe! . . . Unser Ziel ist ein friedliches Europa, das geordnet ist nach den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker, auf die vertraut wir 1918 die Waffen aus der Hand legten. . . . Das Wirtschaftsprogramm läßt sich gut an: im vergangenen Monat ist eine Nettoabnahme der Arbeitslosenzahl um 123 000 erfolgt. Diese Besserung ist allerdings das Ergebnis verschiedener zusammenwirkender Faktoren, die sich nicht von einander trennen lassen. . . . Eine grundsätzliche Autarkie lehnen wir ab, aber Notstandsmaßnahmen zur Erhaltung der Landwirtschaft dürfen dadurch nicht gehindert werden. Die Kontingierungspolitik Deutschlands kann das Ausland überflüssig machen, wenn es bereit ist, deutsche Industrieerzeugnisse aufzunehmen. . . . Man hat auf eine besondere Arbeiterfeindlichkeit der Reichsregierung geschlossen. Wir verteilen keine Milliardenbesuche an die Unternehmer, sondern wollen Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Was den Unternehmensgeist stärkt, ist Sozialpolitik. Für den Winter hoffen wir, die Arbeitslosenunterstützung erhöhen zu können. Darüber wird zur Zeit beraten. . . . Wir sind der Ansicht, daß die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts in einem viel zu hohen Maße den Arbeitgeber aller Grade von der wichtigen Pflicht entlastet hat, zu allererst für den Arbeitnehmer zu sorgen. Gerade indem der Marxismus planmäßig die Wirtschaft durch untragbare Lasten zerrütet hat, ist er der Hauptschuldige an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen. Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen. Die Regierung und nicht das Parlament muß die Staatsgewalt handhaben. . . . Es ist eine falsche Darstellung, wenn die NSDAP heute behauptet, sie sei am 18. August bereit gewesen, auch Nicht-Nationalsozialisten an der Regierung zu beteiligen. . . . Das Volk weiß darüber zu urteilen, was Ehre und Würde der Nation verlangt. Es wird die leeren Deklamationen einer verbohnten Parteibürokratie mit der Nichtachtung behandelt, wie sie ihnen gebührt. Die Regierung ist entschlossen, den ihr vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolg durchzuführen. Sie hat dazu den Willen und die Macht. Ich zweifle nicht, daß der Erfolg ihr das heute schon fühlbare Vertrauen der breiten Massen des Volkes vollends gewinnen wird. Das Volk — Reich und Länder — sie müssen das neue Deutschland bauen. So möge von den Alpen bis zur Memel der unsichtbare Kraftstrom des sacrum Imperium, der unzerstörbaren Idee des heiligen Deutschen Reiches, durch die Länder eilen. Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!

Drei Kommunisten verurteilt.

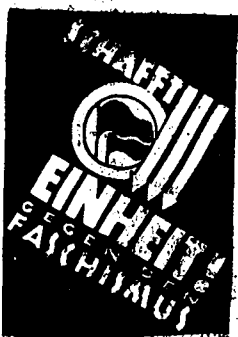
Vor dem Wuppertaler Sondergericht wurde am Dienstag gegen vier Solinger Kommunisten verhandelt, die angeklagt waren, sich im Mai an einer Schießerei auf das Ueberfallkommando beteiligt zu haben. Die Schießerei war im Anschluß an die Auflösung einer Straßenkundgebung entstanden. Ein Polizeibeamter war verletzt worden. Im Gegensatz zu dem Antrag des Staatsanwalts, der gegen drei der Angeklagten wegen schweren Aufruhrs Zuchthausstrafen von 18 bis 20 Monaten beantragt hatte, verurteilte das Gericht die Angeklagten Becker, Fritz und Max Müller wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Vergehens gegen das Schußwaffengesetz zu je einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Der vierte Angeklagte wurde freigesprochen.

Waffendurchsuchung bei Kommunisten.

Im Gesellschaftshaus, Friedrichsfelde, wo am Dienstag eine Versammlung stattfinden sollte, wurde eine Stunde vorher eine polizeiliche Durchsuchung nach Waffen vorgenommen. Ein KPD-Angehöriger, der eine Gaspistole bei sich trug, wurde festgenommen. Gegen einen anderen Kommunisten, der seiner Durchsuchung Widerstand entgegensetzte, wandten die Beamten Gewalt an.

Das Sündenregister der Papen-Regierung.

„An der Grenze des Erlaubten.“



H. M. Zu dem Thema: „Das Sündenregister der Papen-Regierung“ hatte der ISK in Essen-West eine öffentliche Versammlung einberufen. Das Polizeipräsidium hatte zunächst mitgeteilt, daß dieses Thema „nicht zulässig“ sei, dann aber im letzten Augenblick doch die Versammlung erlaubt, mit dem Bemerkung, das Thema sei „gerade noch an der Grenze des Erlaubten“.

Um aber ja keinen Zweifel zu lassen, über welches Sündenregister insbesondere nicht gesprochen werden darf, war der Genehmigung hinzugefügt:

„Antikriegskundgebungen sind verboten!“

Die Versammlung war überfüllt. Die Kommunisten waren offensichtlich mit einer festen Parole gekommen: Sprengen! Aber die Rednerin (Maria Hodann, Berlin) verschaffte sich sehr schnell Aufmerksamkeit, sie entwarf ein ausführliches Bild der politischen Lage und beantwortete daran anschließend die Frage: Wie kann die Arbeiterschaft aus ihrer heutigen Machtlosigkeit herauskommen? Auch als sie an die KP die Forderungen richtete und begründete:

Schluß mit der RGO-Politik, Mitarbeit in den Gewerkschaften und Einheitsfrontpolitik von unten sowie von oben,

regte sich zwar lebhafter Widerspruch — aber die Sprengungsabsichten wurden nicht ausgeführt; sie waren offenbar von dem gesunden Interesse an den aufgeworfenen Fragen verdrängt und bei einem Teil wohl auch von dem Gefühl der Beschämung über das beabsichtigte Sprengungsmanöver angesichts der sachlichen Ausführungen der ISK-Rednerin über die Einheitsfront.

Auswärtiger Ausschuß beschuldigt die Reichsregierung des Verfassungsbruchs.

Am Dienstag trat der Auswärtige Ausschuß des Reichstages zusammen. Die Deutschnationalen sind der Verhandlung ferngeblieben. Das Zentrum hat den Abgeordneten Dr. Bell lediglich als „Beobachter“ entsandt. Die Reichsregierung hat es abgelehnt zu erscheinen. Der Ausschuß faßte auf Antrag Dr. Frick (Nat.-Soz.), Dr. Bell (Ztr.) und Graf Quadt (Bayr. Volksp.) folgenden Beschluß:

„Der Ausschuß hat auf Grund des Artikels 33 der Reichsverfassung die Zuziehung des Reichskanzlers, des Reichsaußenministers und des Reichswehrministers beschlossen, um in den für das Schicksal des deutschen Volkes entscheidenden Fragen der Außenpolitik, insbesondere über das Lausanner Abkommen und die Abrüstungsfrage, die erforderlichen Auskünfte zu erhalten. Die Weigerung der Reichsregierung, diesem Ersuchen zu folgen, bedeutet einen Verfassungsbruch, gegen den sowohl aus Rechtsgründen wie aus zwingenden Gründen der Außenpolitik wie der Innenpolitik schärfste Verwahrung eingelegt wird.“

In der auf heute anberaumten neuen Sitzung mit der Tagesordnung „Bericht über die Lausanner Verhandlungen, Abrüstungsfrage, Bericht über die Völkerbundstagung“ hat die Reichsregierung wiederum ihr Erscheinen abgelehnt. Die Reichsregierung hat sich also durch ihre erneute grundlose Weigerung, vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen, des wiederholten Verfassungsbruchs schuldig gemacht. Dem neuen Reichstag bleibt es vorbehalten, daraus die verfassungsmäßigen Folgerungen zu ziehen. . . .“

Wie für die Mitglieder feudaler Korps gesorgt wird.

Unter der Überschrift „Eine schwere Bloßstellung des deutschen Korpsstudententums durch den deutschnationalen Innenminister“ wird in der Presse der NSDAP die Nachricht verbreitet, daß unter den vom preußischen Innenministerium in letzter Zeit vollzogenen Beamtenernennungen sich vier Herren befänden, die — ebenso wie der Reichsinnenminister — der Altherrenschaft des Korps „Saxonia“ zu Göttingen angehören, und daß diese Ernennungen auf den Reichsinnenminister zurückzuführen seien, der damit „in rührender Weise sich um die Seinen gekümmert“ habe.

Demgegenüber wird an zuständiger Stelle festgestellt, daß die Ernennungen, wie auch von der Presse der NSDAP richtig gemeldet worden sei, vom preußischen Staatsministerium und nicht vom Reichsinnenminister vollzogen worden seien, und daß der Reichsinnenminister mit den Personalveränderungen in Preußen nichts zu tun habe. Auf die Ernennung der vier Herren sei weder unmittelbar noch irgend wie mittelbar ein Einfluß durch den Reichsinnenminister ausgeübt worden. Die Behauptungen der Presse der NSDAP seien also völlig aus der Luft gegriffen und gegenstandslos. Das preußische Staatsministerium habe die ernannten vier Herren für ihre neuen Stellungen als geeignet angesehen, ohne sich darum zu kümmern, ob diese Herren

zufällig Korpsbrüder des Reichsinnenministers seien oder nicht.

Daß bei einer Beamtenernennung gleich vier Korpsbrüder des Reichsinnenministers aus dem feudalen Korps „Saxonia“ befördert worden sind, scheint uns auch verdächtig zu sein. Da wir solche „Korpsbrüder“ und ihre Qualitäten ziemlich genau kennen, sehen wir sie keineswegs notwendig „als geeignet“ für ihre Stellungen an. Das „neue System“ verdient jedenfalls nicht, dem „alten System“ vorgezogen zu werden. Ein ehemaliger Partei- oder Gewerkschaftsbeamter war uns für die in Betracht kommenden Beamtenstellungen lieber als diese „Korpsbrüder“.

Die Opposition der Nazis hat insofern etwas Gutes für sich, als sie helfen, solche Tatsachen bekannt zu machen, von denen sie sicher nichts mitteilen würden, wenn sie selber mit an den Beamtenernennungen beteiligt wären.

Untersuchungsausschuß für Fürsorgeanstalten. Im Preußischen Landtag hat die kommunistische Fraktion beantragt, einen Ausschuß einzusetzen zur Untersuchung der Zustände in den von den Fürsorgebehörden und Landesjugendämtern zur Unterbringung von Minderjährigen benutzten Anstalten.

Die Annahme dieses Antrages erfolgte mit den Stimmen aller Parteien. Die Kommunisten hatten sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Umtriebe des Kronprinzen.

Er hat seit Zabern nichts gelernt.

Der „Vorwärts“ will unter Beweis stellen, daß der ehemalige Kronprinz wiederholt im Gespräch mit politischen Persönlichkeiten erklärt habe:

Papen, Schleicher, Hindenburg und er, der Exkronprinz, wüßten, was sie wollten und seien sich einig. In einem geeignet erscheinenden Zeitpunkt würde Hindenburg ihn zum Reichsverweser bestimmen und zurücktreten. Er werde sich dann auf die Reichswehr, die auf das Reich übergewandene Schutzpolizei und 400 000 bewaffnete Stahlhelmer stützen. Einen neuen 9. November werde es nicht wieder geben. Die Träger dieses Planes seien entschlossen, für ihre Sache zu kämpfen und, wenn es sein müßte, zu sterben. Rupprecht von Wittelsbach sei mit ihnen einverstanden und werde an demselben Tage, an dem er, der Exkronprinz, Reichsverweser werde, an die Spitze eines Donaukönigreichs treten.

Die Reichsregierung läßt hierzu prompt erklären, daß die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Gerüchte und die daran geknüpften Kombinationen ein reines Phantasieprodukt seien.

Zum Verbot der Berliner Nazi-Versammlung.

Das Verbot der für Mittwoch im Sportpalast vorgesehenen nationalsozialistischen Versammlung wird damit begründet, daß von nationalsozialistischer Seite in der letzten Zeit seit Beginn des Wahlkampfes zahlreiche Versammlungen politisch Andersdenkender mit dem Ziel der Sprengung gestört wurden. Die Häufigkeit der Fälle und die Gleichmäßigkeit bei der Art des Vorgehens der Täter, so heißt es in der Begründung, gestatte mit Sicherheit den Schluß, daß

die Versammlungsstörungen planmäßig vorbereitet und auf Weisung leitender Stellen der NSDAP durchgeführt worden sind.

„Dieses gesetzwidrige und den friedlichen Verlauf des Wahlkampfes in ernsthaftester Weise gefährdende Verhalten von Anhängern der NSDAP hat in den ordnungsliebenden Kreisen der Bevölkerung eine tiefgehende Erregung ausgelöst. Da nach den gemachten Erfahrungen ein Teil der Anhänger der Partei ein äußerst undiszipliniertes Verhalten an den Tag gelegt hat, muß damit gerechnet werden, daß von diesem Teil der Parteimitglieder schon beispielsweise einfache

Zwischenrufe Andersdenkender mit Gewalttätigkeiten beantwortet

werden, durch die die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf das ernsthafteste gefährdet wird. Das vorbeugende Verbot der für den 12. Oktober im Sportpalast geplanten Versammlung rechtfertigt sich also auf Grund des § 14 P. V. G. in Verbindung mit Artikel 123 R. V. Da ferner aus den vorstehend dargelegten Umständen sich eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ergibt, ist das Verbot ferner gerechtfertigt durch die Vorschrift des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juli 1932.“

Schön und gut! Als die Nazis noch nicht deutsche nationale Versammlungen, sondern linke terrorisierten — ja, das war was anderes!

Zwei Teilnehmer am Hitler-Jugendtag gestorben.

Bei dem Reichsjugendtag der Hitler-Jugend in Potsdam sind zahlreiche Kinder infolge der Anstrengungen und durch sonstige Umstände erkrankt, sodaß sie zum Teil ins Krankenhaus überführt werden mußten. Es ist in der Presse von 120 bis 156 Krankheitsfällen berichtet worden. Jetzt sind von den ins Krankenhaus eingelieferten Kindern zwei gestorben.

In Altona griffen uniformierte SA-Leute Polizeibeamte durch Steinwürfe an, auch ein Schuß wurde abgegeben. Die Polizisten waren dabei, in der Karl-Theodor-Straße sich dort aufhaltende Menschen nach Waffen zu durchsuchen.

Polizist helmtüchlich angeschossen.

Am Mittwoch morgen wurde der Polizeihauptwachmeister Lauckenmann auf seinem Reviergang in den Anlagen am Eilbecktal durch einen Revolverschuß aus einer Schutzhütte heraus schwer verletzt. Zwei Männer, die sich in der Hütte aufgehalten hatten, flüchteten.

Nazi-Dementis.

Wahrheitsabwehrstelle.

Der Oberstaatssekretär Wilde, Leiter der Nazi-Ortsgruppe Caputh, der in der „Potsdamer Tageszeitung“ einen Aufruf an den ehemaligen Kronprinzen veröffentlicht hatte, teilt zu der Erklärung seines Partei-Pressesamtes, er sei kein Mitglied der NSDAP, mit, daß ihm entgegen der Darstellung der nationalsozialistischen Gaupressestelle bis zum Dienstag vormittag weder von seinem Ausschluß aus der Partei noch von der Enthebung vom Amt eines Ortsgruppenleiters etwas bekannt geworden sei.

Im Femo-Prozess in München haben die Nazis Berufung eingelegt, weil ihnen die Strafe von 1200 Mark für den Beklagten Goldschagg nicht hoch genug ist. Dieser Prozess hat die ziemlich müllige Angelegenheit Nazi-Röhlm und Major Mayr vom „Reichsbanner“ ins Rollen gebracht. Sie wird sicher in der Berufungsverhandlung neu aufgerollt werden.

Der Rechtsausschuß des preussischen Landtages behandelte einen kommunistischen Antrag gegen die Änderungen beim Vollzug der Festungshaft und beschloß die Herbeiführung des Reichskommissars Dr. Bracht. Dieser hat sich bereit erklärt, in einer späteren Sitzung zu erscheinen. Die Sitzung wurde auf den 8. November festgesetzt.

Agrarpolitik der Sowjet-Union im Zick-zack-Kurs.

Das Steuer wird wieder heringeworfen.

Es sind erst wenige Wochen her, als wir am Schluß des Aufsatzes: „Lebensverhältnisse in der Sowjet-Union“ in Nr. 206 vom 2. September darauf hinwiesen, daß die schlechten Lebensbedingungen der Industriearbeiter die industrielle Produktion hemmen, und daß sich so ein Zirkel ergibt, aus dem — so schreiben wir wörtlich — „zunächst noch kein Ausweg gefunden ist. Ueber die Versuche, die neuerdings zur Lösung dieses schwierigen Problems unternommen worden sind, ist noch keineswegs das letzte Wort gesprochen, und es ist zu befürchten, daß auf der Suche nach einem Ausweg noch manches wenig glückliche Experiment gemacht wird.“

Die von uns vorausgesehenen weiteren Experimente haben leider nicht lange auf sich warten lassen. Wenige Tage nach dem Erscheinen des erwähnten Aufsatzes wurde das wichtige Dekret über die Einsetzung von Bodenkommissionen veröffentlicht („Moskauer Rundschau“ vom 11. September). Durch dieses Dekret wird bestimmt, daß die Abänderung der Grenzen von Kollektivgütern nur mit Billigung von drei Vierteln ihrer Mitglieder und unter Vorbehalt der Bestätigung durch die Bodenkommission erfolgen dürfe. Als Zweck dieser Maßnahme

Gestattet, aber gebremst . . .

Daß bei der Kollektivierung nicht alles aus freien Stücken ging, wurde ja wiederholt zugegeben. Wäre es anders gewesen, dann läge übrigens auch kein Anlaß vor, die Freiwilligkeit durch Dekrete zu wiederholten Malen zu bestätigen. Dies geschah vielmehr immer, nachdem eine Kollektivierungs-Offensive wieder einmal kraß gegen das Freiwilligkeitsprinzip verstoßen hatte. Die nachträgliche Bestätigung des Prinzips entsprang dann immer der Notwendigkeit, durch das beschwichtigende Oel von oben die Wogen der Erregung zu glätten, die der — nicht immer unwillkommene — Uebereifer von unten aufgewirbelt hatte.

Diese Sachlage wird durch vielfache Bekundungen der Sowjet-Presse bewiesen. So schrieb zum Beispiel die „Prawda“ am 15. Juli, daß in einer Reihe von Bezirken der Ukraine vor diesem Frühjahr eine zwangsmäßige Erweiterung der Kollektivgüter stattgefunden hatte. Das heißt, es wurden Einzelbauern gegen ihren Willen in die Kollektivgüter getrieben. Die Stimmung auf dem flachen Lande zu Anfang des Frühjahrs hatte dann, besonders mit Rücksicht auf die von Hungersnot betroffene Ukraine, Ende März eine wiederholte Betonung des Grundsatzes der Freiwilligkeit zur Folge. Nach dieser Kundgebung setzte anscheinend wieder eine gewisse Tendenz zum Austritt aus den Kollektiven ein.

Die Austrittstendenzen wurden von den Behörden verständlicherweise mit allem anderen als mit Wohlgefallen aufgenommen! Man denkt in Regierungskreisen ja nicht daran, die Kollektivierungspolitik aufzugeben. Die Presse schrieb vielfach von einer „Kulakenagitation“, die zum Austritt aus den Kolchosen aufputsche. Und schließlich kam, was kommen mußte:

dem Austritt aus den Kollektiven ist durch das erwähnte Dekret ein sicherer Riegel vorgeschoben worden.

Freiwilligkeit in allen Ehren! Aber wenn sie verletzt worden ist? Oder wenn ein Bauer es sich einfach nachträglich anders überlegt hat? Dann darf nichts mehr korrigiert werden!

Eigentum unter Vorbehalt.

Eine weitere einschneidende Maßnahme, die ebenfalls eine Rückwärtsrevidierung der im Frühjahr eingeschlagenen milderen Linie darstellt, wurde am 12. September veröffentlicht. Ein Regierungsdekret erteilte den Kollektivgütern das Recht, die Pferde der Einzelbauern für die Zwecke der Feldbestellung, der Getreidereisstellung und -ausfuhr „gegen Bezahlung“ anzuhuern. Die Einzelbauern sind verpflichtet, ihre Pferde herzugeben. Den Kollektiven dagegen liegt es ob, die Pferde während der Benutzung zu füttern und sie in ordnungsmäßigem Zustande zurückzuerstatten.

Diese Ermächtigung bedeutet Uebertragung des Verfügungsrechtes über das Zugtier von seinem Inhaber auf das benachbarte Kollektivgut. Es kann die Pferde jederzeit anfordern, und der Bauer ist verpflichtet, sie sofort bereitzustellen. Seine eigenen Nöte spielen nicht mit. Das heißt: sein Feld kann unbestellt bleiben; er kann die Möglichkeit verlieren, seine Produkte zum Markt zu bringen. Das Pferd muß er trotzdem dem Kollektiv überlassen.

Allerdings wird ihm dafür Geld bezahlt. Aber wieviel? Es gibt in der Sowjet-Union bekanntlich zwei verschiedene Maßstäbe für „Bezahlung“. Der Staat „bezahlt“ den Bauer für das abgelieferte Getreide oder Fleisch, und der Käufer „bezahlt“ diese Produkte auf dem Markt. Sie bezahlen aber ganz verschieden. In der „Prawda“ vom 21. August wurde berichtet, daß in Armawir (Nordkaukasus, reichstes Getreidegebiet) Brotgetreide der neuen Ernte zu

60—80 Rubel

für das Pud (16 Kilogramm) auf dem Markt verkauft wurde. Der Staat zahlt höchstens

1 Rubel

für das Pud Roggen und etwa 30—50 Prozent mehr für Weizen. Zwischen den beiden Wertmaßstäben klafft also ein abgrundtiefer Unterschied. Nach welchem Maßstab wird das Kollektiv den Einzelbauern für die Benutzung des Pferdes entschädigen? Selbstverständlich nach dem behördlichen und nicht nach dem des freien Marktes.

Der Bauer wird also eine Lappalie für die Hergabe des Pferdes erhalten, während er selber gehindert wird, seine Produkte zum Markt zu bringen, und unter Umständen gezwungen wird, sie zu einem Bruchteil des Marktpreises an den staatlichen oder genossenschaftlichen Käufer abzugeben. Die Entschädigung fällt also für ihn gar nicht ins Gewicht und sie ist weiter nichts als ein Feigenblatt für vorübergehende Enttäuschung. Ist die Enttäuschung übrigens vorübergehend? Das Kollektiv hat für Pferde meistens mehr als reichlich Verwendung, sodaß der Bauer vielleicht zum unfreiwilligen ständigen „Vermieter“ werden kann (bis er durch Beitritt zum Kolchos „Mitinhaber“ seines eigenen Pferdes wird).

Wieder rigorose Ablieferung.

Die schwierigen Versorgungsverhältnisse in den Städten zwingen die Sowjet-Regierung zu einer Reihe von weiteren Schritten, die zu der vor kaum einem halben Jahr eingeleiteten milderen Politik in Widerspruch stehen.

Am 24. September erschien in den „Iswestija“ eine Verordnung des Exekutivkomitees des Moskauer Gebietes, wodurch die Verordnung derselben Behörde vom 22. Juli zurückgezogen wird. Es handelt sich hier um die Befreiung der Landwirte innerhalb eines 50-Kilometer-Umkreises um Moskau herum von den „Kontraktionen“ (vertragsmäßig festgelegten

wird der Schutz gegen Versuche angegeben, Kollektivland benachbarten Staatsgütern anzugliedern. Die wichtigste Bestimmung des Dekrets ist aber — das kann man auf den ersten Blick erkennen — die Vorschrift, daß

die Kollektivgrenzen nicht durch Austritt einzelner Mitglieder geändert werden dürfen.

Es ist ohne weiteres klar, daß hier der Hund begraben liegt. Durch diese Vorschrift wird die Möglichkeit des Austritts aus den Kollektiven den Bauern kurzerhand wieder genommen. Das heißt: sie dürfen austreten, aber ohne ihr Land zu behalten. Da anderweitig kein Land für Einzelwirtschaften zur Verfügung steht, so bleibt dem unzufriedenen Kollektivmitglied nichts weiter übrig, als Land und Inventar liegen zu lassen und als Lohnarbeiter in die Stadt zu ziehen — oder aber, trotz der Unzufriedenheit, im Kollektiv zu bleiben. Denn ein Viertel der Stimmen wird immer zu Ungunsten des Austretenden deichseln können, von der Entscheidung der behördlichen Bodenkommission schon ganz abgesehen. Die wiederholt bestätigte „Freiwilligkeit“ wird somit wieder zur Farce gestempelt.

Ablieferungen an Behörden und Genossenschaften zu festen Preisen, gegen gewisse Bargeldvorschüsse, mit anderen Worten: verknappte Zwangsablieferungen). Die Verfügung wurde seiner Zeit in der Erwartung getroffen, das eine Belebung der Marktzuführen eine Senkung der Preise zur Folge haben werde. Wie die Verordnung feststellt, wurde die Aufhebung der „Kontraktionen“ aber „zur Spekulation mit landwirtschaftlichen Produkten ausgenutzt“. Das heißt: die Bauern nahmen so viel, wie die reicheren Schichten der ausgehungerten Städte ihnen zu zahlen bereit waren, und die Preise blieben für den einfachen Arbeiter unerschwinglich.

Durch die neue Verordnung wird der behördliche und genossenschaftliche Ankauf von Produkten in der 60-Kilometerzone wieder zur Pflicht gemacht. Die Versorgungsbehörde erhält den Auftrag, innerhalb von drei Tagen einen ausführlichen Plan der Produktaufbringung, nach Bezirken und Sorten gegliedert, aufzustellen. Den Lokalbehörden wurde befohlen, die „sofortige intensive Entfaltung der Aufbringung zu gewährleisten“. Was sie sich kaum zwei Mal lassen werden. (Vom üblichen behördlichen Elan abgesehen, fällt für die Beamten persönlich bei solchen Aktionen erfahrungsgemäß ein fetter Bissen ab.)

Rückzug auf der ganzen Linie.

Ein Kreuzzug also gegen die Bauernschaft in 50 Kilometer-Umkreis von Moskau. Nach dem kurzen Sommernachtsraum der fetten Moskauer Marktpreise ein jähes Erwachen!

Wird übrigens etwa der auf dem 50. Kilometer wohnende Häusler seine Produkte für einen Spottpreis dem behördlichen Käufer abgeben, während sein Nachbar, auf dem 51. Kilometer sich in Rauschen löhnen und noch höhere Preise auf dem Marke einheimen darf? Das ist kaum anzunehmen. Wäre es möglich, dann ergäbe sich eine ungeheuerliche Ungleichheit in der Behandlung von zwei völlig gleichen Kategorien der Bevölkerung. Mit der Distanz wird man es also wohl nicht sehr genau nehmen.

Am gleichen Tage nämlich wurde ein Erlaß des STO (des Rates der Arbeit und Verteidigung, der höchsten Behörde nach dem Rat der Volkskommissare) verkündet, der jene Verordnung des Moskauer „Ispolkom“ ausdrücklich bestätigt und die gleiche Maßnahme der intensiven Produktaufbringung in den an die Städte angrenzenden Landgebieten für die ganze Union vorschreibt. Die Befreiung von „Kontraktionen“ in solchen Gebieten wird untersagt.

Nun möge man ein Landgebiet suchen, das nicht an eine Stadt grenzt! Und liegt schließlich ein Dorf 50, 100 oder mehr Kilometer weit von der Eisenbahn entfernt, so ist es klar, daß es für den Bauer dann kaum lohnt, seinen geringen Vorrat so weit zum Markt zu schleppen (selbst wenn er über sein Pferd noch tatsächlich und nicht nur juristisch verfügt). An Ort und Stelle darf er indessen seine Ware nur staatlichen, aber keinen privaten Käufern anbieten. Private Vermittlung ist mit Todesstrafe bedroht.

Der freie Markt besteht nach wie vor.

An der rechtlichen Lage hat sich nichts geändert, um so mehr dafür an der tatsächlichen Lage:

Dem Bauer wird nunmehr für den Verkauf auf dem Markt herzlich wenig übrig bleiben. Man sieht, daß die Sowjet-Gesetzgebung, wie ein guter Motor, mit Vorder- wie mit Rückantrieb geräuschlos, rasche und ganze Arbeit machen kann.

Das Vieh kommt dran.

Schließlich sind durch ein Dekret des Rates der Volkskommissare und des ZK der KPSU vom 23. September neue

Normen der Vieh- beziehungsweise Fleischablieferungen zu festen Preisen für die nächsten 15 Monate vorgeschrieben worden, die als „steuermäßig“ zu gelten haben (das ist im Dekret ausdrücklich erwähnt). Die Normen sind je nach Gebiet und Kategorie der Erzeuger abgestuft. Die Erzeuger sind in drei Gruppen gestaffelt:

- Einzelbauern,
- Kollektivbauern in Gütern ohne gemeinsame Viehfarm,
- Kollektivbauern in Gütern mit gemeinsamer Viehfarm.

Die Norm für die nächsten 15 Monate beträgt, je nach Zone und Gruppe:

- 40 bis 50 Kilogramm Lebendgewicht
- 25 bis 32 Kilogramm Lebendgewicht
- 15 bis 25 Kilogramm Lebendgewicht

Wo gemeinsame Viehfarmen bestehen, haben diese (außer den Ablieferungen vom Eigenvieh der einzelnen Kollektivbauern) abzuliefern: 30 Kilogramm für jedes Stück Großvieh, Schweinefarmen: 120 Kilogramm für jede Zuchtstau ihres Bestandes am 1. Oktober. Die Ablieferung der vorgeschriebenen Mengen kann auch in Klein- und Federvieh erfolgen. Bei Nichtablieferung wird eine Strafe in Höhe des Marktpreises auferlegt und das nicht abgelieferte Vieh unentgeltlich eingezogen.

Durch dieses Dekret ist der Beschluß vom 10. Mai dieses Jahres, der den Viehaufbringungsplan gegenüber den vorjährigen Normen auf die Hälfte ermäßigte, wieder aufgehoben worden. Den staatlichen Viehzuchtgütern ist eine Ablieferung von 300 000 Tonnen Fleisch für die nächsten 15 Monate (bis zum 1. Januar 1934) vorgeschrieben worden. Die Ablieferung während der letztvergangenen 15 Monate betrug nur 130 000 Tonnen.

Die neue Wirtschaftspolitik.

Der neue Agrarkurs dieses Jahres ist bereits in dem Artikel von Hellmut Rauschenplatz: „Schwenkung der russischen Agrarpolitik“ (in Nr. 123 vom 28. Mai) ausführlich behandelt worden. Hier sei kurz wiederholt, daß die neue Agrarpolitik folgende Maßnahmen umfaßt:

1. Ein Beschluß des ZK vom 26. März bestätigte abermals, daß die Kollektivbauern eine Kuh, Kleinvieh und Geflügel im Eigenbesitz behalten dürfen. Soweit sie kein Eigenvieh besitzen, soll ihnen dessen Erwerb möglichst erleichtert werden. Der Grundsatz der Freiwilligkeit des Eintritts und Verbleibens in den Kollektiven wird wieder betont.

2. Ein Dekret vom 6. Mai setzte den Getreideablieferungsplan für 1932 um 20 Prozent niedriger als im Vorjahre an. Den Bauern und den Kollektiven wurde der freihändige Verkauf ihrer Ueberschüsse (nach Erledigung ihrer Ablieferungspflicht) auf den Märkten zu „freien Marktpreisen“ gestattet.

3. Durch das bereits erwähnte Dekret vom 10. Mai wurde die Fleischablieferungsquote auf die Hälfte reduziert, das Schlachtverbot aufgehoben und der freihändige Marktverkauf von Fleisch und Vieh zugelassen. Im Anschluß an die Bestimmung der Fleischablieferung aus versuchte man, auch die Erzeugung von industriellen Konsumgütern zu heben, unter besonderer Berücksichtigung des Bedarfes an Austauschwaren für das Dorf. Die staatlichen Konsumindustrien brachten es indessen zu keinem nennenswerten Aufschwung.

Um das Tempo der Konsumgütererzeugung zu beschleunigen, wurde der Schwerindustrie befohlen, im Nebenbetrieb Konsumartikel aus Materialabfällen herzustellen. Gleichzeitig wurde den genossenschaftlich organisierten Handwerkern erlaubt, nach Ablieferung gewisser Quoten an den genossenschaftlichen Handelsapparat, den Rest ihrer Produktion zu freien Preisen im freien Markt zu verkaufen, beziehungsweise gegen Rohmaterial bei den Bauern einzutauschen.

Hiermit erschöpft sich das, was man als eine „Neonep“ zu deuten versuchte. Wir haben bereits gesehen, daß von der liberalen Agrarpolitik nach den Septembererlassen nicht sehr viel übrig geblieben ist.

Zur Abrundung des Bildes sei noch auf zwei weitere Verordnungen der neuesten Zeit, die sich mit Agrarfragen befassen, hingewiesen. Ein Dekret vom 24. September verfügt, daß mit Rücksicht auf die befriedigende Ernte dieses Jahres keinerlei Saatarlehen an Staats- und Kollektivgüter gewährt werden sollen. Die Leiter werden persönlich verantwortlich gemacht, dafür, daß die Wirtschaften bis zum 15. Januar einen ausreichenden Saatfonds sicher stellen. Ein weiterer Erlaß vom 30. September setzt die Anbaufläche für Sommerfrüchte auf 97,5 Millionen Hektar fest (auf 2,5 Millionen weniger als nach dem Plan für 1931, 1 Million mehr als die faktische Bestellung von 1932). Der Anbau von „technischen Kulturen“ wird nicht erweitert, dagegen der Anbau von Brotgetreide um 2,5 Millionen Hektar, zum Teil auf Kosten anderer Kulturen ausgedehnt. Sortiertes Saatgut soll im Ausmaße von rund 1,6 Millionen Tonnen (100 Millionen Pud) Verwendung finden.

Mehr Waren ins Dorf!

Die auf den freien Markt gesetzten Hoffnungen der Bauernschaft werden zum erheblichen Teil wieder in blauen Dunst zerfließen. Die Enttäuschung wäre noch stärker, wenn die Bauernschaft es nicht nachgerade gelernt hätte, allen Verheißungen mit dumpfer Skepsis zu begegnen. Immerhin wird die Enttäuschung dieses Mal wohl sehr groß sein. Wie sie auf die weitere Produktion wirken wird, bleibt abzuwarten.

Von der Versorgungsseite her werden die größten Anstrengungen unternommen, um die Bauern mit Industriewaren zu beliefern. Die Versorgung des Dorfes mit Textilien und sonstigen Konsumgütern geht jetzt sogar der Belieferung der Arbeiterschaft voran, da anders die Beschaffung von Lebensmitteln für die Arbeiter gar nicht mehr durchzuführen wäre. Aus einer Resolution des Plenums des ZK der KPSU vom 29. September ist zu entnehmen, daß die Verteilung der Güter zu Gunsten der Marktbefreiung (statt der geschlossenen Betriebsläden), insbesondere des Dorfes, geändert worden ist.

Die Konsumgenossenschaften haben in diesem Jahr 7700 neue Läden auf dem flachen Lande eröffnet. Auch der staatliche Kleinhandel ist mit Tausenden von neuen Verkaufsstellen in den Dörfern vertreten. Der Ausbau des staatlichen und genossenschaftlichen Handelsapparates wird weiterhin forciert werden. Der Fonds von Konsumwaren für das Dorf soll auf Kosten der „außenmarktlichen Konsumenten“ (Liefer-Beliegschaften der bevorzugten industriellen Großbetriebe) erweitert werden.

In der vorhin erwähnten Resolution wird die unzeitgemäße Warenzufuhr (Winterwaren im Sommer und umge-

kehrt) und mangelhafte Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten des Bedarfes hervorgehoben. Vom 1. Januar an soll nicht weniger als die Hälfte der gangbarsten Waren (Webstoffe, Schuhwerk, Konfektion u. s. w.) auf Grund von vorherigen Bestellungen der Ortsgenossenschaften (nicht automatisch, nach Maßgabe der verfügbaren Vorräte, wie bisher) geliefert werden. (Diesbezügliche Versuche in früheren Jahren scheiterten schließlich an dem Rückgang der Produktion und dem allgemeinen Warenmangel.)

Daß die bisherige Belieferung immer noch recht mangelhaft bleibt, ist daraus zu ersehen, daß von 1,8 Millionen Tonnen Petroleum, die in diesem Jahr für den Konsum geliefert werden sollten, in den ersten 8 Monaten nur 885 000 Tonnen, also weniger als die Hälfte der Jahresmenge geliefert worden sind. Dabei handelt es sich um eine der blühendsten Industrien der Sowjet-Union, die mit ihrem Fünfjahresplan in 2½ Jahren fertig war.

Der einzige Ausweg aus den Schwierigkeiten liegt immerhin in der Richtung einer Versorgung der Bauernschaft mit Industriewaren in ausreichendem Umfange und zu tragbaren Preisen. Das ist das Hauptproblem des Sowjet-systems, dessen Lösung auch der NEP (der neuen ökonomischen Politik von 1921) nicht völlig gelang. Es ist nicht zu verkennen, daß Anstrengungen in der Richtung der Lösung unternommen werden. Bis zum erstrebten Erfolg ist freilich noch

ein weiter Weg, der durch den Zickzackkurs nicht kürzer wird.

B. W.